AMT DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDESREGIERUNG
Gruppe Raumordnung, Umwelt und Verkehr
Abteilung Raumordnung und Gesamtverkehrsangelegenheiten
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1

Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 3109

An den
Präsidenten des Landtages
von Niederösterreich

Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion
Eing.: 14.05.2021
Zu Ltg.-**1120/V-8/9-2020**
~~Ausschuss~~

Beilagen

RU7-A-61/009-2020
Kennzeichen (bei Antwort bitte angeben)

E-Mail: post.ru7@noel.gv.at
Fax: 02742/9005-14170,14950
Bürgerservice: 02742/9005-9005
Internet: www.noe.gv.at - www.noe.gv.at/datenschutz

Bezug	BearbeiterIn	(0 27 42) 9005 Durchwahl	Datum
LAD1-SE-306000/123-2020, Ltg.-1120/V-8/9-2020	Mag. Thomas Fischer	14161	11. Mai .2021

Betrifft
Resolution zur Gruppe 6 des Voranschlages des Landes NÖ für das Jahr 2021 betreffend gemeinsame Planung des 1-2-3-Klimatickets in Zusammenarbeit mit den Verkehrsverbünden und den Ländern

Sehr geehrter Herr Präsident!

Im Sinne der Resolution des Landtages von Niederösterreich vom 18. Juni 2020, Ltg.-1120/V-8/9-2020, hat die NÖ Landesregierung sich an die Bundesregierung gewandt und diese um eine Stellungnahme zur gegenständlichen Resolution ersucht.

Das Bundeskanzleramt hat mit Schreiben vom 29. Juli 2020, Geschäftszahl: 2020-0.463.140, folgende Stellungnahme übermittelt:

„Sehr geehrte Damen und Herren!

Ihr Schreiben vom 13. Juli 2020, mit dem Sie einen Beschluss vom 18. Juni 2020 betreffend „Gemeinsame Planung des 1-2-3-Klimatickets in Zusammenarbeit mit den

Verkehrsverbünden und den Ländern“ vorlegen, wurde dem Ministerrat in seiner Sitzung am 29. Juli 2020 zur Kenntnis gebracht.

Daraufhin wurde dieser dem zuständigen Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie zur weiteren Veranlassung übermittelt.

Mit freundlichen Grüßen
Mag. Binder e.h.“

Nach einer Urgenz des Amtes der NÖ Landesregierung beim Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK) am 10. März 2021 hat dieses mit Schreiben vom 27. April 2021, Geschäftszahl: 2021-0.190.384, folgende Stellungnahme übermittelt:

„Das Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie bedankt sich für die Übermittlung des Resolutionsantrags und möchte dazu wie folgt Stellung nehmen:

Seit Beginn des Projektes finden intensive bilaterale und multilaterale Abstimmungen mit den künftigen Tarifpartnern des KlimaTickets Österreich bzw. den betroffenen Stakeholdern sowohl auf fachlicher als auch politischer Ebene statt. Im Einklang mit dem zwischenzeitlich beschlossenen Klimaticketgesetz wird die Einführung des KlimaTickets Österreich im regionalen Kompetenzbereich der Länder, Verkehrsverbünde und der Stadtverkehre nur einvernehmlich erfolgen.
In den mit den regionalen Partnern zum Teil bereits schon vereinbarten, zum Teil noch zu finalisierenden Abgeltungsregelungen werden, ganz im Sinne der Resolution, die mit der Einführung des KlimaTickets Österreich verbundenen Einnahmenentgänge vollständig ersetzt.

Der Verkehr spielt eine Schlüsselrolle für den Klimaschutz. Eine Verlagerung der Mobilität auf klimafreundlichere Verkehrsmittel des Öffentlichen Verkehrs ist daher unabdingbar. Dazu sind gemeinsame Anstrengungen auf allen Ebenen erforderlich. Das BMK setzt

dabei auf drei Säulen und forciert mit Nachdruck die Investitionen in die Infrastruktur, in noch bessere Fahrplanangebote und mit den KlimaTickets nun auch in attraktive Tarife und einen einfachen Zugang zum Öffentlichen Verkehr. Zuletzt wurde auch das bisher höchste Investitionsvolumen des österreichischen Bahnausbaus auf den Weg gebracht, wobei insbesondere Niederösterreich und die Ost-Region schwerpunktmäßig profitieren.

Für die Bundesministerin:
Mag. Christa Wahrmann“

Die NÖ Landesregierung beehrt sich, dies zu berichten.

NÖ Landesregierung
DI S c h l e r i t z k o
Landesrat